

## Inhaltsverzeichnis

zur Niederschrift über die öffentliche 09./IX. Ratsperiode Sitzung des Ausschusses für Bürgeranträge der Stadt Kleve am Montag, dem 02.07.2012, 17.00 Uhr, im Rathaus - Zi. 117

	<u>Seite</u>
1. Antrag zum Thema "Fracking" der Piratenpartei Deutschland - Kreisverband Kleve - Drucksache Nr. 604 /IX. -	3
2. Mitteilungen . / .	3
3. Anfragen . / .	3

## Niederschrift

**über die öffentliche 09./IX. Ratsperiode Sitzung des Ausschusses für Bürgeranträge der Stadt Kleve am Montag, dem 02.07.2012, 17.00 Uhr, im Rathaus - Zi. 117**

Unter dem Vorsitz des  
Stadtverordneten Teigelkötter, Friedrich (CDU)  
sind anwesend die Stadtverordneten:

Fischer, Heidi	SPD
Fleskes, Jörg	CDU
Gietemann, Josef	SPD für Boskamp, Heinz
Kepser, Friederike	CDU
Kersten, Sebastian	FDP
Kröll, Annette	CDU
Siebert, Susanne	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN für Meyer- Wilmes, Dr. Hedwig ab 17.04 Uhr
Verhoeven, Werner	CDU

Bartsch, Ursula (beratend)

Nicht anwesend:

Boskamp, Heinz	SPD
Meyer-Wilmes, Dr. Hedwig	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN

Von der Verwaltung sind anwesend:

Bürgermeister Brauer  
Erster Beigeordneter Haas  
Technischer Beigeordneter Rauer  
Oberinspektorin Berns als Schriftführerin

Ausschussvorsitzender Teigelkötter begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses für Bürgeranträge fest.

Anmerkungen zur Tagesordnung oder zur Niederschrift über die letzte Sitzung ergeben sich nicht.

1. **Antrag zum Thema "Fracking" der Piratenpartei Deutschland - Kreisverband Kleve**

- Drucksache Nr. 604 /IX. -

Ergänzend zur Drucksache führt Technischer Beigeordneter Rauer aus, dass die Verwaltung dieser Methode vom Grundsatz her sehr kritisch gegenüberstehe. Sollte die Durchführung dieser Methode für diese Region angedacht werden, werde die Verwaltung alle Mittel ausschöpfen und dagegen vorgehen. Allerdings sei die Verwaltung nicht zuständig. Eine Resolution sei aber möglich.

Bürgermeister Brauer äußert, dass der Antrag der Piratenpartei von seiner Intention her nachzuvollziehen sei. Es wäre wünschenswert, durch die Landesregierung eine Unterstützung dahingehend zu erfahren, dass sie durch eine entsprechende Gesetzgebung die Voraussetzungen für eine negative Begleitung dieser Vorhaben schaffe.

StV. Gietemann meint, dass spätestens bei Verunreinigung des Grundwassers durch den Einsatz dieser Methode die Interessen der Stadt Kleve massiv betroffen seien. Es habe ihn erschreckt, dass Kleve bereits Bestandteil des Erlaubnisfeldes "Saxon I West" sei.

Beschluss:

Der Ausschuss für Bürgeranträge nimmt die Ausführungen der Verwaltung zustimmend zur Kenntnis.

2. **Mitteilungen**

./.

3. **Anfragen**

./.

Ende der Sitzung: 17.05 Uhr

(Teigelkötter)  
Vorsitzender

(Berns)  
Schriftführerin